

# Jahresbericht 2010

Der Dachverband Berner Tierschutzorganisationen DBT ist zu einer gewichtigen Institution in Fragen des Tierschutzes des Kantons Bern geworden. Er gilt als kompetenter Ansprechpartner für alle kantonalen Behörden, sei es der Veterinärdienst, die Kantonspolizei, das Jagdinspektorat oder andere Bereiche, unsere Haltung und unser Vorgehen in tierschutzrelevanten Angelegenheiten sind gefragt und werden berücksichtigt.

## **Anpassung an die neue Strafprozessordnung**

Am 1.1.2011 trat die neue Strafprozessordnung in Kraft, welche die kantonalen Strafprozessordnungen und den Bundesstrafprozess ersetzt um die Effizienz der Strafverfolgung zu verbessern und die Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit zu erhöhen.

Obwohl das Scheitern der Tierschutzanwaltsinitiative kaum als Absage an einen wirksamen Tierschutz betrachtet werden darf, stellte sich aber doch die Frage, wie die Vertretung von Tierschutzanliegen künftig in Strafverfahren sichergestellt werden kann. Das Bundesrecht lässt zur Durchsetzung der Strafbestimmungen in der Tierschutzgesetzgebung in Zukunft nur noch staatliche Behörden zu. Die bisherige Lösung, dass der DBT als Privatkläger im Strafverfahren auftreten kann ist gemäss der neuen Strafprozessordnung nicht mehr möglich. Mit dem Rechtsdienst der Volkswirtschaftsdirektion suchte der DBT nach einer Lösung, denn keine Vertretung mehr für die Tiere in Rechtsverfahren zu haben wäre ein Riesenschritt!

Zwei Möglichkeiten eröffneten sich, einerseits könnte die zuständige Stelle der Volkswirtschaftsdirektion in Strafverfahren betreffend Tierschutzdelikte die vollen Parteirechte ausüben. Andererseits wäre es möglich, dass sich der DBT im Sinne einer staatlichen Behörde in diesem Punkt einbinden lässt.

Uns war klar, dass die erste Variante nach der unglücklichen Abstimmung politisch kaum eine Chance gehabt hätte, hinzu kam, dass das „Vier-Augen-Prinzip“ – Veterinärdienst und DBT - weg gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund wurde schnell klar, dass der DBT sich auf den zweiten Weg konzentriert und somit seine bisherige Stellung im Grossen und Ganzen behalten kann. Er musste aber in die staatliche Aufsicht eingebunden werden.

Eine Vereinbarung regelt nun die Einzelheiten, nachdem die kantonale Tierschutzverordnung den DBT „als diejenige kantonale Behörde bezeichnet, der in Strafverfahren betreffend Tierschutzdelikte Parteirechte zukommt. Dem DBT obliegt damit die Vertretung des öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung und Bestrafung von Tierschutzdelikten aus der Perspektive des Tierschutzes bzw. der Tiere.“ Pünktlich auf Ende Jahr konnte die Vereinbarung vom Regierungsrat und dem DBT unterschrieben werden, so dass die Arbeit des DBT trotz neuer Strafprozessordnung fließend weiter gehen kann. Der DBT muss nun in Zukunft darauf achten, dass er klar zwischen seiner behördlichen Aufgabe und seinen privatrechtlichen Tätigkeiten unterscheidet.

Der Regierungsrat schrieb in seiner Medienmitteilung dazu folgendes: „Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Tiere rechtlich keine Sache sind und dass Tierschutz ein wichtiges öffentliches Anliegen ist. Der DBT hat diese Aufgabe stets engagiert, aber auch mit Augenmass und dem nötigen Verständnis für die betroffenen Tierhalterinnen und Tierhalter wahrgenommen. Dieses bernische System hat sich sehr bewährt und ist bei allen beteiligten Kreisen anerkannt.“

## **Fachveranstaltung „Tierschutzvollzug im Kanton Bern“**

An der Präsidentenkonferenz im Januar konnte die Gebietsaufteilung der regionalen Tierschutzvereine gemäss der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung bereinigt werden. Anschliessend wurden darüber alle relevanten Stellen (Gemeinden, Regierungsstatthalter) informiert.

An der gleichen Versammlung wurde der Wunsch geäussert, dass der DBT eine Informationsveranstaltung organisiert, an der geklärt wird wer eigentlich für was zuständig ist und was macht.

In Absprache mit den Regierungsräten Rickenbacher und Käser konnte der Kantonstierarzt Reto Wyss, der Jagdinspektor Peter Jüsy und der Leiter der Fachstelle Tierdelikte der Kapo Beat Schüpbach gewonnen werden. An drei Veranstaltungen verteilt über das Kantonsgebiet legten sie ihr Aufgabenfeld sowie die Vorgehensweisen dar. Hinzu kam an jedem Ort der ansässige Regierungsstatthalter, der die Situation aus seiner Sicht und auch bezüglich Gemeinden darstellte. Eingeladen waren alle zuständigen GemeindevertreterInnen, Tierschutzvereine und alle die sich irgendwie mit der Thematik Tierschutzvollzug zu beschäftigen haben. An jedem Anlass nahmen um die 100 Personen teil. Das Echo war durchwegs positiv, vieles konnte geklärt werden, anderes war bis dato schlichtweg nicht bekannt und als nützlicher Nebeneffekt lernten sich alle besser und verbindlicher kennen.

Den Organisierenden Dorothea Loosli, Hans König, Beat Haldimann und Ernest Schweizer ein ganz grosses Dankeschön für den konstruktiven Anlass!

## **Arbeit im Rahmen des „Courant normal“**

Neben den obgenannten zwei einmaligen Ereignissen war der DBT auch dieses Jahr wieder mit über 120 Verfügungen und knapp 150 Anzeigen beschäftigt. Interessant zu sehen ist, dass es eine Verschiebung gibt. So ging die Zahl der Verfügungen zurück ( $09 \pm 200$ ) und die Anzeigen haben zugenommen ( $09 \pm 135$ ). Dies hat wohl damit zu tun, dass der Veterinärdienst bei klaren Gesetzesverstössen restriktiver vorgeht und die Polizei beizieht. Damit kann sich der Veterinärdienst auf Fälle konzentrieren, die oftmals schwieriger zu lösen sind.

Der DBT hat in 12 Fällen das Klagerecht ergriffen, so oft wie noch nie. Dabei handelt es sich bei den meisten um unverbesserliche „Wiederholungstäter“. Mit unserem Vorstandsmitglied Denise Baerfuss ist der DBT in der glücklichen Lage, mit einer inzwischen versierten und mit Fachkompetenz beschlagenen Rechtsanwältin die Gerichtsfälle zu bestreiten und entsprechende Urteile zu „erkämpfen“.

Im Frühling wurden Rahel Struchen und Paul Günter neu in die Kommission „Tierversuche“ des Kantons Bern aufgenommen. Von den Tierschutzkreisen war bereits Bernhard Heiniger in der Kommission. Er ist Vizepäsident dieser Kommission. Seiner ausserordentlich intensiven und seriösen Arbeit ist es wohl auch zu verdanken, dass der Kanton bereit war, noch zwei zusätzliche Personen aus dem Dachverband in die Kommission aufzunehmen.

Der erste Eindruck der „Neulinge“ ist, dass sich die Kommission sehr intensiv mit den Gesuchen beschäftigt und streng urteilt. Etliche Gesuche wurden zurückgewiesen, weil sie unsorgfältig formuliert waren. Sehr genau wird insbesondere darauf geachtet, dass bei den Versuchen die Tiere jede mögliche Schmerzbekämpfung erhalten. Interessant sind für uns auch die Inspektionen, die jährlich vorgenommen werden z.B. im Tierspital und Inselspital.

In der Anfangs Jahr neu konstituierten kantonalen Tierschutzkommission ist der DBT mit zwei Sitzen vertreten – Dorothea Loosli und Werner Flückiger - und hat das Präsidium inne. In der Hauptsache werden in der Kommission Fragen des Vollzugs geklärt, wie viele Stunden darf ein Hund pro Tag in einer Transportboxe gehalten werden, was heisst extreme Witterung über längere Zeit im alltäglichen Vollzug? Fragen, in denen die Kommission den Veterinärdienst berät.

Bezüglich Jagd gab es einen intensiven Disput mit den Jagdhundeverbänden. Der DBT ist der Meinung, dass auch Jagdhunde jederzeit abrufbar sein müssen. Dem Argument, dass dies bei Laufhunden, die Spur aufgenommen haben nicht möglich sei, widersprechen die privaten Laufhundebesitzer, von ihnen wird dies wie von allen Hundehaltern verlangt. Mit Lukas Bircher wird der DBT durch einen ausgewiesenen Zoologen vertreten. Wir sind ihm sehr dankbar, dass er diese schwierige Aufgabe für den DBT übernimmt, denn uns ist bewusst, dass er innerhalb der Kommission sehr oft in der Minderheitenposition ist.

Das anfangs angesprochene Gewicht des DBT konnte dank dem guten Zusammenwirken des Vorstands aufgebaut werden. Neben den Kommissionsarbeiten werden Antworten auf Vernehmlassungen von den entsprechenden Fachpersonen geschrieben, die Vizepräsidentin springt ein, der Sekretär erledigt speditiv und die Kassierin verbucht genaustens – allen ein grosses Dankeschön!

Im Januar 2011  
Dorothea Loosli  
Präsidentin